



Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 19. Juni 2025

Newsletter des BFB 1945 e.V. – Juni 2025

- I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin**
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter**
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld**

Liebe Mitfrauen, liebe Engagierte und Interessierte,

beginnen möchte ich mit der Bitte, **diesen Newsletter unter euren Freundinnen, Kolleginnen, Nachbarinnen und in eurer Familie zu streuen**. Durch diesen kostenfreien Newsletter kann die vielfältige Welt unseres Vereins entdeckt werden. Wir informieren nicht nur über Nachrichten und Termine, sondern bieten dir und allen anderen auch spannende Hintergrundinformationen und Einblicke. Gleichzeitig laden wir dich herzlich ein, aktiv an unserem Vereinsleben teilzunehmen – sei es durch deine Ideen, deine Zeit, deine Unterstützung oder deine Mitgliedschaft. **Melde dich jetzt an und werde Teil unserer aktiven Gemeinschaft**. Bitte anmelden unter <https://berliner-frauenbund.de/newsletter/> .

Der **23. Mai** ist ein ganz besonderer Tag. Der Tag des Grundgesetzes ist ab dem 77. Geburtstag unseres Grundgesetzes im kommenden Jahr dank Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auch **„Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.“**. Ab 2026 soll der Ehrentag bundesweit zeigen, wie viel dein, unser, euer Engagement bewirkt – für den Zusammenhalt, für unser Miteinander und für unsere Demokratie. Ihr gestaltet mit. Ob in der Politik, im vielfältigen Ehrenamt oder im Unternehmen: **Demokratie beginnt im Kopf, aber lebt durch Beteiligung!** Demokratie braucht Menschen, die sich einbringen, kreativ sind und Verantwortung übernehmen. Wir wollen doch unseren Kindern und Enkelkindern künftig erklären können, was wir für unsere Demokratie tun bzw.

getan haben. Die Initiative "Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle." wird in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) umgesetzt.

Wir sollen mehr arbeiten. „Mit Viertagewoche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht erhalten können.“ – so Friedrich Merz in seiner ersten Regierungserklärung am 14. Mai 2025 im Deutschen Bundestag. Aber **wer genau soll denn mehr arbeiten?** Gemeint sich sicherlich nicht die rund 800.000 Deutschen, die ausschließlich von dem passiven Einkommen leben können, das durch ihr Vermögen generiert wird. Gemeint sich wohl eher Ärmere im Bürgergeldbezug, aber auch Jüngere, die Generation Z, Ältere auch nach dem Renteneintritt – und selbstverständlich die Frauen, die aus der Teilzeit- in eine Vollzeitbeschäftigung gehen sollen. Dass so viele Frauen aufgrund struktureller Gründe wie eine nicht ausreichende vorschulische Bildungs- und Betreuungsstruktur nicht in Vollzeit erwerbstätig sein können, wird bei markigen Sprüchen in vielen (männlichen) Köpfen übersehen.

Was heißt eigentlich „arbeiten“? Beschäftigte haben 2023 in Deutschland 1,3 Milliarden Überstunden geleistet, davon waren die Hälfte unbezahlt. Diese Summe entspricht 835.000 Vollzeitstellen. 2023 war auch das Jahr, in dem abhängig Beschäftigte in Deutschland seit der Wiedervereinigung am meisten gearbeitet haben. Gleichzeitig sanken die Arbeitswochenstunden. Aus „Die Deutschen arbeiten zu wenig“ wird bei näherer Betrachtung eine statistische Verzerrung durch Teilzeitbeschäftigte. Wenn alle Teilzeitbeschäftigten ihre Arbeit einstellen würden, sähen wir statistisch gesehen beschäftigter aus. Wer „mehr Arbeit“ sagt, meint immer die anderen, so im SPIEGEL vom 17.5.2025.

In Teilzeit sind vor allem Frauen* angestellt, weil sie über die Erwerbsarbeit hinaus mehr unbezahlte Arbeit für Familie, Pflege und Haushalt leisten als Männer. Einer Studie zufolge übernehmen sie rund 62 Prozent aller anfallenden häuslichen Aufgaben (<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/care-arbeit-frauen-haushalt-familie-verteilung-100.html>). Den Frauen* hätten für diese jährlichen 72 Milliarden Stunden **unbezahlter Care-Arbeit** bei durchschnittlichem Stundenlohn 826 Milliarden Euro bezahlt werden müssen. Und dann gibt es ja auch noch das **Ehrenamt**. Knapp 30 Millionen Menschen sind in Deutschland ehrenamtlich tätig. Allein in NRW verrichten Freiwillige 700 Millionen Arbeitsstunden für die Gemeinschaft und sorgen so unbezahlt für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Bei Durchschnittslohn hätten Arbeitgebende für diese unentgeltliche Arbeit 12,5 Milliarden Euro zahlen müssen. **Auch Care-Arbeit und Ehrenamt ist Arbeit.**

Auf notwendige bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben weist das [Bündnis Sorgearbeit fair teilen](#) seit langem hin. Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes fordert auf der Grundlage Europäischer Richtlinien stärkere Anker dafür, dass Familie einen ihrer Bedeutung entsprechenden Platz im Arbeitsrecht erhält. Dafür hat sie ein [Gutachten „Diskriminierungsschutz von Fürsorgeleistenden – Caregiver Diskrimination“](#) erstellen lassen.

Die [Bewertung der 32 Mitgliedsorganisationen des Bündnis Sorgearbeit fair teilen zum Koalitionsvertrag](#) besagt folgendes: Statt konkrete Schritte für

eine tatsächliche Gleichstellung zu planen, fehlen für eine echte Gleichstellung verbindliche Umsetzungsmaßnahmen und strukturelle Reformen. Die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit wird nicht ausreichend ausgeführt.

Themen wie die Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit und steuerliche Anreize für Überstunden stehen einer geschlechtergerechten Aufteilung von Care-Arbeit entgegen.

Im Herbst 2024 hat die Gleichstellungsabteilung des damaligen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend renommierte Expert*innen eingeladen, um **Wissensgrundlagen für notwendige Neujustierungen eines Gesamtsystems zu legen, in dem zu wenigen Frauen* eine dauerhafte wirtschaftliche Eigenständigkeit gelingt.**

Entstanden ist das Kompendium [Strategierahmen für die ökonomische Gleichstellung 2030](#) aus Anlass des 30. Jubiläum des Staatsziels Gleichstellung und damit die erste Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung weiterentwickelt. Erkennbar ist, dass auf allen föderalen Ebenen noch viel zu tun ist, damit Gleichstellung tatsächlich wirkt.

Ich würde mir sehr wünschen, dass es bei bezahlten als auch unbezahlten Menschen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft anlässlich des jährlichen **Equal Care Day** bzw. **Equal Pay Day** nicht nur zu Erklärungen zur ungleich verteilten unbezahlten bzw. häufig auch schlecht bzw. gar nicht bezahlten Arbeit kommt, sondern dass **Strategien zum baldigen Abbau der hartnäckigsten Bremsen für die Gleichstellung der Geschlechter** kommt. **Arbeit ist ein zutiefst feministisches Thema mit großer gesellschaftlicher Sprengkraft.**

Die aktuellen Debatten über Wohlstand führen aufgrund ihres Stils und einseitiger Betrachtungsweisen nur zu Spaltungen unserer Gesellschaft, u.a. in die vermeintlich „Faulen“ oder „Fleißigen“. Geschürt werden Verteilungsängste. Zudem wird über eine vielfach ungerechte Wohlstandsvermehrung ohne erhöhte Steuereinnahmen zu häufig geschwiegen. Wohlstand bedeutet mehr als immer mehr Besitz anhäufen. Es geht um Wohlstand und Wohlergehen, um materielle und immaterielle Werte. Darauf verweist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) mit ihrem [Betterlife-Index](#) mit seinen elf Kriterien, zu denen u.a. die Wohnverhältnisse, das Einkommen, die Arbeit, der Gemeinsinn, Bildung, Gesundheit, Lebenszufriedenheit und auch die Work-Life-Balance gehören.

Unser Wohlstand wird mit einem Weiter-wie-bisher nicht stabil bleiben. Gerade wir Europäerinnen müssten ein hohes Eigeninteresse daran haben, die Klimaanpassung nach vorne zu bringen. Berechnungen zeigen, dass Kontinentaleuropa nach Afrika am härtesten vom Klimawandel betroffen ist. Halten wir es doch lieber mit dem Motto von **UN-WOMEN: „Destroy the Patriarchy, not the Planet“**.

Wer hat sich nicht aufgeregt, als Präsident Trump in einer Executive Order ankündigte, dass alle Bundesbehörden ihre Diversitätsprogramme (diversity, equity, inclusion) stoppen müssen. Für Unternehmen, die von den Bundesbehörden Gelder erhalten, gilt gleiches. Aus meiner Sicht gibt es für

Unternehmen - auch in Deutschland - gute Gründe, an einer inklusiven Personalstrategie festzuhalten:

- Die Jugend in Einwanderungsländern wie Amerika und Deutschland ist bunt.
- Es gibt überall einen zunehmenden Arbeitskräftemangel.
- Es gibt einen Wettbewerb um ausgebildeten und motivierten Nachwuchs – unabhängig von Herkunft oder Geschlecht.

Auch Donald Trump wird den Vormarsch der Frauen* nicht aufhalten können! Wenn Unternehmen langfristig Erfolg haben wollen, können sie auf Frauen* und Einwander*innen bzw. Menschen mit Migrationsbiographie nicht verzichten.

Ein weiterer Top beschäftigt mich sehr: Viele von uns erinnern sich an das Foto des Koalitionsausschusses, der die Zusammenarbeit der Regierungsparteien regelt. Das Foto war ein „**Gruppenbild mit Dame**“. Deutlich wurde mit diesem Foto, dass die Vorherrschaft der Männer im Koalitionsausschuss bei 90,9 Prozent liegt. Das Desaster ist schon fast zu peinlich, um sich zu ärgern. Aber ein Politik-Rückzug darf nicht sein! **Wir müssen weiterhin eine geschlechtergerechte Gesellschaft gestalten wollen. Wir müssen ein Paritätsgesetz für die Parlamente erkämpfen.** Kommt am 24.6.25 um 11 Uhr zur Demo vor dem Reichstag (s.u.). Ich bin froh, dass auf Berliner Ebene wieder Bewegung in die Paritäts-Debatte kommt – [vgl. „Chancen Nutzen – Ein gemeinsames Paritätsgesetz für Berlin beschließen“](#). Nur durch ein verbindliches Gesetz kann langfristig Parität in den Parlamenten gesichert werden!

Mit feministischen Grüßen
Mechthild Rawert

I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin

1. Präsentation der Fachstelle Vereinbarkeit Beruf | Familie | Pflege

Der BFB 1945 e.V. ist stolz auf seine Projekte und die hier tätigen Mitarbeiterinnen. Teil des Projektes KOBRA ist die Fachstelle Vereinbarkeit Beruf | Familie | Pflege, in der vier Mitarbeiterinnen tätig sind. Ich danke Petra Kather-Skibbe, Referentin, sehr herzlich für die Betonung auf **Pflege als Berliner gesamtstädtische Aufgabe und auf die Notwendigkeit der Stärkung familienfreundlicher Unternehmenskultur**. Ebenso wird das Aufgabengebiet unserer Beraterinnen dargelegt:

„Die Herausforderung, Erwerbstätigkeit und private Sorgeverantwortung zu vereinbaren hat viele Facetten und diese Herausforderung kann sich jedem Menschen unabhängig vom Familienstand oder der gelebten Familienform im Lebensverlauf stellen. Sorgearbeit kann einen beruflichen Aus- und Wiedereinstieg oder eine berufliche Um- oder Neuorientierung zur Folge haben, wenn die Vereinbarkeit mit betrieblichen Akteur*innen, dem sozialen Netzwerk oder aufgrund der besonderen Sorgesituation nicht realisiert werden kann.

Die familiäre Pflege geht oft mit Auswirkungen auf den eigenen Erwerbsverlauf einher und ist mit der **Existenzsicherung der Pflegenden** verzahnt. Pflegende An- und Zugehörige tragen heute die Hauptlast der Pflege in unserem Land. Rund 86 Prozent der Pflegebedürftigen der Bundesrepublik Deutschland werden zu Hause versorgt. Nur 20 Prozent erhalten Unterstützung durch ambulante Dienste (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Tabellen/pflegebeduerftige-pflegestufe.html>). Ebenfalls rund 85 Prozent aller pflegebedürftigen Berliner*innen wurden im Jahr 2021 zu Hause gepflegt, das sind 157.513 Menschen. Davon wurden 59,9 % (94.386 Pflegebedürftige) allein von ihren Angehörigen versorgt (<https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/235-2022>). Der Frauenanteil unter den pflegenden Angehörigen liegt laut einer Studie der AOK Nordost aus dem Jahr 2024 in Berlin bei 75,5 Prozent (<https://www.aok.de/pp/nordost/pm/angehoerige-pflegen>) .

Laut einer aktuellen Schätzung der Hochschule Zittau/Görlitz entspricht die Pflegeleistung der Angehörigen einem Wert von über 200 Milliarden Euro pro Jahr. Dem gegenüber stehen geringe Geldleistungen der Pflegeversicherung. Im Jahr 2023 beliefen sich die Pflegegeldzahlungen laut dem Bundesverband wir pflegen! Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V. gerade einmal auf 16,2 Milliarden Euro. Dieser betont „Dieses Missverhältnis zeigt deutlich: Unsere Gesellschaft verlässt sich auf familiäre Pflege – aber sie unterstützt sie kaum“.

Der Bundesverband wir pflegen! e.V. setzt sich für mehr Anerkennung und Entlastung pflegender An- und Zugehöriger ein. Gemeinsam mit zahlreichen Pflegekräften, Vertreter*innen verschiedener Verbände sowie pflegende Angehörige übergab er zum Tag der Pflegenden am 12. Mai 2025 die Petition zu der von der Diakonie initiierten **Kampagne „Mach dich stark für die Pflege“** an Dr. Martin Schölkopf vom Gesundheitsministerium. Mehr als 143.000 Menschen fordern darin eine umfassende Pflegereform. Zentrale Punkte sind die Absicherung pflegender Angehöriger, die bessere Unterstützung Pflegebedürftiger und die Sicherung der Finanzierung der Pflege. Damit die Petition ein Erfolg wird, braucht es noch mehr Unterschriften! Informationen zur Kampagne: „Mach dich stark für Pflege“ unter <https://www.wir-pflegen.net/aktuelles/nachrichten/tag-der-pflegenden-uebergabe-der-petition-mach-dich-stark-fuer-pflege> .

Am 15.04.2025 wurde der **erste Monitoringbericht der Pflegebeauftragten des Landes Berlin**, Frau Prof. Dr. Sinja H. Meyer-Rötzig, unter <https://www.berlin.de/lb/pflege/veroeffentlichungen/> veröffentlicht. In ihrem Bericht stellt die Pflegebeauftragte heraus, dass **Pflege als gesamtstädtische Aufgabe** betrachtet werden muss. Nur gemeinsam seien die Herausforderungen in der Pflege zu bewältigen. Der Bericht richtet sich an alle interessierten Bürger*innen, Unterstützungsstrukturen sowie Politik und Verwaltung. Er soll

insbesondere die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses auf die aktuellen Anliegen und Problemfelder Berliner Pflegebedürftiger und (pflegender) An- und Zugehöriger aufmerksam machen. Der Bericht ist online abrufbar unter: <https://www.berlin.de/lb/pflege/veroeffentlichungen/>

Teil der etablierten Unterstützungsstrukturen in Berlin, die im Monitoringbericht der Pflegebeauftragten aufgezeigt werden, ist die **Fachstelle Vereinbarkeit Beruf | Familie | Pflege bei KOBRA**. KOBRA, eine überbezirkliche Beratungseinrichtung, wird durch die Abteilung Frauen und Gleichstellung der Senatsverwaltung Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung aus Mitteln des Landes Berlin gefördert. Als Berliner Frauenbund 1945 e.V. sind wir der Träger. **Gemeinsam setzen wir uns für das Ziel ein, Menschen mit Sorgeverantwortung gegen Erwerbs-, Armuts- und Gesundheitsrisiken abzusichern.**

Die Beraterinnen der Fachstelle Vereinbarkeit unterstützen pflegende Angehörige, Personalverantwortliche und Fachkräfte, individuelle Lösungen für die Verbindung von Erwerbstätigkeit und privater Fürsorgeverantwortung zu finden. Der Beratungsanlass pflegender Angehöriger ist meistens der noch nicht gelöste ‚**Vereinbarkeitskonflikt**‘. Die Hauptanliegen in der Beratung sind: Wie kann die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege gelingen? Welche finanzielle Unterstützung gibt es für Zeiten der Pflege minderjähriger/volljähriger pflegebedürftiger Menschen? Welche Freistellungsmöglichkeiten können gegenüber Arbeitgebenden beansprucht werden? Gelten die arbeitsrechtlichen Regelungen, wenn die pflegebedürftige Person im Ausland lebt? Sind pflegende An- und Zugehörige sozialrechtlich abgesichert? Die Ratsuchenden benötigen zur Entscheidungsfindung und für die konkreten Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber Unterstützung. Selbstständige pflegende Angehörige sind besonders gefordert, da sie vom Anwendungsbereich der aktuellen gesetzlichen Regelungen zur Pflege- und Familienpflegezeit und der sozialen Absicherung während einer Zeit informeller Pflege von Angehörigen ausgeschlossen sind.

Die Beratung ist kostenfrei und auf Wunsch anonym. Die Beratung erfolgt bedarfsgerecht telefonisch, in Präsenz oder per Video. Als Einzel- oder Paarberatung. Die Fachstelle bietet außerdem themenspezifische Informationsveranstaltungen und Seminare sowohl als Eigenveranstaltung als auch im Auftrag Dritter und in Kooperation mit unseren Netzwerkpartner*innen in Präsenz und online an. Weiterführende Informationen und die Möglichkeit der Terminbuchung unter: www.pflegezeit-berlin.de .“

Weitere Hinweise:

- Berliner Familienbericht 2025: <https://www.familienbeirat-berlin.de/>
- Berliner Ratgeber für pflegende Angehörige: <https://www.verlag-apercu.de/publikationen/angebote-fur-pflegende-angehorige-berlin>
- In Bälde wird der neue Landespflegebericht veröffentlicht, bisher ist der von 2016 auf der Senatsseiten zu finden: <https://www.berlin.de/sen/pflege/service/berichte-und-statistik/landespflegeplan/>

2. Stellenangebot: Referent*in (m/w/d) für Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege im betrieblichen Kontext

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für seine Fachstelle Vereinbarkeit Beruf | Familie | Pflege eine neue Referentin. Die von der Zuwendungsgeberin bewilligte Arbeitszeit beträgt 25 Stunden pro Woche und die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV-L E 12. Der Arbeitsort ist die überbezirkliche Beratungseinrichtung KOBRA, Kottbusser Damm 79, 10967 Berlin. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 27.7.2025; Bewerbungsgespräche werden aber fortlaufend geführt.

Der BFB 1945 e.V. wertschätzt Vielfalt. Wir begrüßen daher die Bewerbung aller Interessierten unabhängig von der Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität oder einer Behinderung und aller Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte, *People of Color* sowie Schwarzer Menschen. Wir freuen uns darauf, Sie kennenzulernen und auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit!

Die komplette Stellenausschreibung finden Sie unter: https://berliner-frauenbund.de/wp-content/uploads/2025/06/240211-KOBRA_Stellenausschreibung_Referentin_VE.pdf

3. Bericht: öffentliche Veranstaltung zum Thema „Vierte Gleichstellungsbericht - Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation“

Wozu fordert uns der **„Vierte Gleichstellungsbericht - Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation“** heraus? Dies war eine Kernfrage der öffentlichen Mitgliederversammlung am 12.6.2025 in den BFB-Räumlichkeiten. **Fakt ist, dass sich auch Frauenvereine wie der BFB 1945 e.V. stärker den Herausforderungen stellen müssen, wie sie der „Vierte Gleichstellungsbericht“ als grundlegenden Wandel der Lebens- und Wirtschaftsweisen in unserer Gesellschaft benennt.** Der Vierte Gleichstellungsbericht adressiert die Handlungsfelder Energieerzeugung; Zirkuläre Wirtschaft; Landwirtschaft; Stadt- und Raumentwicklung; Mobilitäts- und Verkehrsplanung; Wohnen und Energienutzung; Ernährung; Gesundheit; Arbeit und Zeit; Arbeitsmarkt und Finanzen.

Warum sollten sich auch Frauenvereine mit dem Vierten Gleichstellungsbericht befassen?

- **Weil der Klimawandel nicht alle Menschen gleich trifft:** Frauen*, einkommensarme und andere strukturell benachteiligte Menschen sind besonders hart betroffen. So sind Frauen* von den gesundheitlichen Belastungen und dem höheren Aufwand für Sorgearbeit als Folge des Klimawandels stärker betroffen.
- **Bisher werden nahezu ausschließlich technik- und industrieorientierte Transformationsstrategien diskutiert.** Dies führt zur Vertiefung bestehender Geschlechterungleichheiten. Die Folgen des Klimawandels für frauendominierte Branchen, z.B. Dienstleistungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit, werden vernachlässigt.

Wir bedanken uns herzlich bei **Dr. Johanna Storck**, Bundesstiftung Gleichstellung, für ihre einführende [Präsentation zum Vierten Gleichstellungsbericht](#) und den Hinweis auf Möglichkeiten für eine geschlechtergerechte sozial-ökologische Wende in zahlreichen Handlungsfeldern.

Wir danken gleichermaßen **Anja Weusthoff**, DGB, Deutscher Frauenrat und Mitfrau des BFB 1945 e.V., für ihre gleichstellungs- und sozialpolitischen Kommentare zu den Kapiteln 9 „Arbeit und Zeit“, 10 „Arbeitsmarkt“ und 11 „Finanzen“. **Der Vierte Gleichstellungsbericht greift**

- **gewerkschaftliche Kernthemen auf.** Auf dem 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongress wurde im Mai 2022 der Beschluss [„Wandel ist weiblich. Die Geschlechterperspektive in der Transformation verankern!“](#) verabschiedet, in dem gefordert wird, dass die auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel stattfindenden Veränderungen so zu gestalten sind, dass sie gleiche Verwirklichungschancen für Männer und Frauen eröffnen. Heute ist verstärkt auch noch auf die Demokratie als Veränderungsfaktor zu verweisen.
- **auch langjährige Forderungen des Deutschen Frauenrates im Hinblick auf eine geschlechtergerechte Zukunft auf.**

Die anschließende Diskussion war rege. Heraus kristallisierte sich aber auch als grundlegende Frage **„Wie können die einzelnen Fachthemen für Geschlechtergerechtigkeit und gleichstellungspolitische Belange aufgeschlossen werden“ – eine Frage, die uns seit der Einführung von Gender Mainstreaming bewegt.** Angefangen haben wir zu überlegen, welche Aktionen der BFB 1945 e.V. starten könnte, um sich der Herausforderung eines geschlechtergerechten menschengemachten Klimawandels zuwenden könnte. **Sie sind mit ihren Ideen und Vorstellungen herzlich eingeladen, sich an der Entwicklung von Ideen und Aktionen zu beteiligen.**

4. Der BFB 1945 e.V. als Verein und Träger

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. agiert auf zwei Ebenen:

- **Als Verein** wollen wir feministische Impulsgeberin insbesondere zu frauen*- gleichstellungs- und genderpolitischen Herausforderungen sein, wollen unseren Mitfrauen die Möglichkeit geben, sich als Gemeinschaft zu erleben und sich in zahlreichen Handlungsfeldern zu empowern. Über neue Mitfrauen freuen wir uns.
- **Als Träger** wollen wir für unsere derzeit 17 Mitarbeiterinnen „Gute Arbeit“ gewährleisten und sie in ihrer Professionalität so stärken, dass sie mit ihrer jeweiligen fachlichen Expertise, Praxiserfahrung und einem klaren Blick für die Bedürfnisse von Kund*innen, Ratsuchenden, Beschäftigten und Unternehmen so beraten können, dass diese erfolgreich wirkt und zu subjektiven und strukturellen Veränderungen führt.

Als **Verein** bieten wir vor der Sommerpause noch folgende **Möglichkeiten des Zusammenseins bzw. Diskutierens** an:

- **Gleichstellungspolitische Entwicklungen in der EU und Deutschland**
wann: Mittwoch, den 16. Juli 2025, 18.00 – 21 Uhr
wo: BFB 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
Die Anmeldung ist bis zum 14.7.2025 möglich unter
<https://berliner-frauenbund.de/events>
- **Gratulation! „Geburtstags-Kaffee“ zum 80. Geburtstag des Berliner Frauenbund 1945 e.V.**
Wann: Montag, den 21. Juli 2025, 15.00 bis 17.30 Uhr
Wo: im Café „When Dreams Come True“, Güntzelstraße 3, 10717 Berlin
- Anmeldung ist bis zum 17.7.2025 möglich unter
<https://berliner-frauenbund.de/events>

Zu beiden Veranstaltungen gibt es auf unserer Website ausführlichere Informationen.

In Zeiten, wo der Gleichstellungspolitik der Wind von vorne ins Gesicht bläst, ist es höchst bedeutsam, weiterhin mit aller Kraft für die Parität in allen Parlamenten zu streiten. Sehr gerne verweise ich auf den Fachvortrag von Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski zum Thema [„Neue Wege zur Parität im Wahlrecht“](#)

Als Mitglied des Berliner Netzwerk Parität und des Vereins Parité in den Parlamenten e.V. **rufen wir zur Teilnahme am 2. Aktionstag für Parität auf:**

- **Dienstag, 24. Juni 2025 in Berlin**
 - a) **11.00 Uhr** Plakat-Aktion vor dem Bundestag
 - b) **13.00 Uhr** in der Bundesstiftung Gleichstellung

Als Träger arbeiten wir projektübergreifend derzeit an der **Erstellung unserer neuen Richtlinien zum mobilen und externen Arbeiten sowie zur Arbeitszeit**. Die Verantwortung eines ehrenamtlichen Vorstands als Arbeitgeber ist immens, bewegen wir uns doch oftmals im Spektrum verschiedener Rechtskreise - u.a. Arbeitsrecht, Arbeits- und Unfallschutz, Haftungsrecht, Datenschutz, Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), Zuwendungs- und Tarifrecht - gleichzeitig. **Alein im Kontext der Arbeitszeit hat sich in den letzten Jahren viel getan:** Der **EuGH** hat am 19.12.2024 in aller Deutlichkeit klargestellt: Jede Arbeitszeit muss erfasst werden. Und das **Bundesarbeitsgericht** sieht das ohne Wenn und Aber genau so (Urteil vom 13.09.2022, Az. 1 ABR 22/21). Der [Website von SenASGIVA](#) ist zum Arbeitszeitgesetz (ArbZG) zu entnehmen: Es gelten die Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), insbesondere zur täglichen Höchstarbeitszeit (§ 3 ArbZG), zu Pausen (§ 4 ArbZG) und zu den Ruhezeiten zwischen zwei Arbeitstagen (§ 5 ArbZG) sowie zur Aufzeichnung der Arbeitszeit (§ 16 (2) ArbZG).

5. Aktionen im Kontext der aktuellen und künftigen Kürzungen im Land Berlin

So generationengerecht es ist, im Landeshaushalt Berlin zu kürzen, so unzureichend wird derzeit häufig die **Kommunikation von Politik und Verwaltung mit den zuwendungsempfangenden Trägern** empfunden. Auch

in den Vorstandssitzungen des BFB 1945 e.V. sowie in den Gesprächen mit Projektleiterinnen und Mitarbeiterinnen wird häufig darüber diskutiert.

Vielen von uns steckt noch die Erfahrung des letzten Jahresüberganges 24/25 in den Knochen: Da die Informationen zur Zuwendung 2025 sehr sehr kurzfristig kamen, standen viele Träger – und damit auch ehrenamtliche Vorstände wie wir – vor der Entscheidung, kündigen wir vorsichtshalber Mitarbeiterinnen oder vertrauen wir darauf, mit dem blauen Auge davon zu kommen und gehen mit dem Arbeitsrecht „großzügig“ um – was allerdings mit dem Zuwendungsrecht kollidiert und den Arbeitgeber, sprich den Träger als Ganzes, stark in die Bredouille bringen kann. Schließlich verfügen wir als kleiner Verein über keine nennenswerten Rücklagen. Zu danken ist auch den Mitarbeiterinnen, dass sie diese Krise zusammen mit uns bewältigt haben.

In bisherigen Newslettern habe ich bereits über die **„Begleitgruppe Doppelhaushalt“**, einem Zusammenschluss einiger Vertreterinnen von Frauenvereinen bzw. Frauenprojekten, berichtet. Unser gemeinsames Ziel ist **„Keine Kürzung in der Berliner Frauen(projekte)infrastruktur!“**. Unsere gemeinsame letzte Aktion war eine Online-Veranstaltung am 22.5.2025 für die Projekte des Runden Tisches, des berliner netzwerkes frauen und des Forum für Migrantinnenprojekte. Nach einem kurzen Input von Micha Klapp, Staatssekretärin SenASGiVA, stellte Dr. Kai Weigelt, SenASGiVA, einige Aspekte der geplanten **Reform der Zuwendungen** vor. Ich bedanke mich bei beiden dafür und bin gespannt, wann unsere Bewilligungsstellen nach der noch nicht abgeschlossenen politischen Klärung zur Reform der Zuwendungen uns Träger über die anstehenden neuen Möglichkeiten informiert können.

Natürlich bewegen die geplanten Kürzungen im kommenden Doppelhaushalt 2026/2027 sowohl Mitarbeiterinnen als auch Vorstandsfrauen sehr. Noch ist nichts bekannt - was die Unsicherheit noch vergrößert. Als Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes haben wir von folgendem politischem **Zeitfenster hinsichtlich der Haushaltsaufstellung und Haushaltsberatung** erfahren:

Datum	
15./22.07.25 voraussichtlich	Senatsbeschluss über den Haushalt 2025/2026
August	Senatsbeschluss über die Finanzplanung einschließlic des Investitionsprogramms bis 2029
11.9.25	1. Lesung Haushaltsentwurf Plenum AGH
17.9. – 15.10.25	1. Lesung Haushaltsentwurf Haushaltsausschuss
12.11. – 10.12.25	2. Lesung Haushaltsentwurf Haushaltsausschuss
18.12.25	2. Lesung Haushaltsentwurf und Beschlussfassung Plenum AGH

Selbstverständlich verfügt das Berliner Abgeordnetenhaus über das Budgetrecht, schließlich handelt es sich beim jährlichen Haushaltsplan um ein „Regierungsprogramm in Zahlen“.

In unserem demokratischen Gemeinwesen ist es völlig „normal“, dass sich – insbesondere in Kürzungszeiten - die Zivilgesellschaft, sprich die

unterschiedlichen Interessensgruppen, schon parallel zur Haushaltsaufstellung öffentlich zu Wort melden.

Bisher ist mir bekannt, dass folgende Verbände für das „soziale Berlin“, für das Berlin des Zusammenhalts, sicht- und hörbar kämpfen wollen:

Datum	
08.07.2025 11.30 – 13.00 Uhe	Event vor dem Roten Rathaus (Paritätischer Berlin) Anlass: Haushaltsgesetz und Haushaltsplan 2026/2027; Vermutung große strukturelle Veränderungen
11.09.2025	Demo von AWO und verdi

Die Demonstrationen werden von einer umfangreichen Social Media-Kampagne begleitet, die die positiven Wirkungen sozialer Arbeit für Politik und Bevölkerung visualisieren soll. Ziel: Soziale Arbeit ist #unkürzbar.

- **Aus der Berliner Politik: Parlamentarische Anfrage
Umsetzung der Tarfmittelsteigerung von Zuwendungsempfängern**

Die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD) erfolgt zum Thema „Umsetzung von Tarifsteigerungen von Zuwendungsempfängern“. SenASGIVA beantwortet die Anfrage verwaltungsübergreifend und stellt bezogen auf einzelne Senatsverwaltungen und bezirksbezogen dar, wie der jeweilige Stand im Hinblick auf die Umsetzung der Tarfmittelsteigerung von Zuwendungsempfängern ist. Link zu weiterführenden Informationen: <https://nextcloud.paritaet-berlin.de/s/L96XNrmLkcmsDPB>

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist Mitglied in verschiedenen Bündnissen bzw. Verbänden. Wir sind überzeugt, dass es richtig und wichtig ist, sich zu vernetzen, um so mit größerer Power Positionen in Politik und Zivilgesellschaft zu transportieren und hoffentlich auch durchzusetzen.

1. Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Leider ist es in der letzten Legislatur aufgrund des Verhaltens der FDP-Fraktion zu keiner gesetzlichen Entscheidung zur **Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen** gekommen. **Diese Forderung bleibt aber nach wie vor aktuell!** Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. begrüßt, dass sich am 29.5.2025 der Deutsche Ärztetag mit großer Mehrheit für die Entkriminalisierung des Abbruchs in den ersten 12 Schwangerschaftswochen ausgesprochen hat. Damit stellt sich die Ärzteschaft hinter die Mehrheit der Bevölkerung, die befürwortet, dass der Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch entfernt werden soll. Die Entscheidung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, obwohl die Delegierten die Pflichtberatung beibehalten wollen, was nicht den WHO-Empfehlungen entspricht. **Für uns gilt weiterhin „My body, My choice“.**

2. CEDAW- Allianz Deutschland

Die Vertreterinnen der derzeit 35 Mitgliedsorganisationen der [CEDAW-Allianz Deutschland](#) engagieren sich gemeinsam für eine vollumfängliche Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention durch Bund, Länder und Kommunen.

Am 5.6.2025 fand online das erste Arbeitsplenum dieses Jahres statt. Es fanden intensive Diskussionen statt, da die [Aktualisierung des Statuts](#) der Tagesordnung stand. **Das Statut bildet die Grundlage der gemeinsamen Arbeit im Netzwerk und legt unter anderem das Selbstverständnis und die Gremien der CEDAW-Allianz fest.** Nach einer konstruktiven Debatte wurden alle Änderungen einstimmig angenommen. Weiterhin fand ein Austausch der Arbeitsgruppen über ihre Arbeit statt. Die nächste Sitzung - in Präsenz - findet im Herbst statt.

Weitere Informationen:

Das Staatenberichtsverfahren dient als Kontrollmechanismus zur Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention in den Vertragsstaaten. Deutschland muss regelmäßig einen Bericht vorlegen, in dem über die nationale Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention und der dazu getroffenen Maßnahmen berichtet wird. Nichtregierungsorganisationen können diese Staatenberichte durch Alternativberichte kritisch ergänzen und kommentieren.

Der [Zwischenbericht der Bundesregierung zum 9. Staatenberichtsverfahren](#) ist beim OHCHR fristgerecht eingereicht worden. Der von der CEDAW-Allianz Deutschland erstellte Alternativbericht wird die Themen Parität und Aufenthaltsgesetz behandeln.

3. Bündniss AGG-Reform Jetzt!

Am **18.6.2025** fand ein in der Regel mindestens monatlich stattfindendes Treffen von Vertreter*innen des [Bündniss AGG-Reform Jetzt](#) statt. Dem zu Beginn der vorletzten Legislatur gegründeten Bündnis gehören mittlerweile über 100 Organisationen an – das ist ein großer zivilgesellschaftlicher Erfolg. **Wir wollen gemeinsam zentrale Aspekte des rechtlichen Diskriminierungsschutzes stärken.** Die letzte Regierung wollte das Antidiskriminierungsgesetz (AGG) novellieren, leider kam es nicht dazu. Eine AGG Reform ist auch im Koalitionsvertrag dieser Regierung vorgesehen.

Zu Beginn der Online-Sitzung wurde noch einmal zusammengefasst, was in der letzten Legislatur getan wurde (nachlesbar auf der Website), u.a.

- Erstellung einer 89seitigen Ergänzungsliste zur AGG Novellierung
- Einigung auf 11 zentrale Forderungen
- Gespräche mit Fraktionen, zuständigen Berichtersteller*innen, etc.
- Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen

Gewählt wurde ein Koordinationsteam und erste Arbeitsschritte (Aktualisierung der Website, etc.) für diese Legislatur festgelegt. Verstärkt kümmern wollen wir uns künftig auch um die Thematik **Altersdiskriminierung**. Dazu werden wir gezielt mit einigen Verbänden und Personen Kontakt aufnehmen.

4. Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung

Ebenfalls am 18.6.2025 fand das zweite Treffen des „Bündnisses für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung“ statt.

Ein großes Thema war die mit Wirkung zum 6.6.2023 in Kraft getretene **europäische Entgelttransparenzrichtlinie** (EU/2023/970) und ihre Konsequenzen für Deutschland. **Ziel ist die Beseitigung geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung. Die Richtlinie gilt für Arbeitgebende in öffentlichen und privaten Sektoren. Die Vorgaben der Richtlinie müssen von Deutschland bis zum 7.6.2026 in nationales Recht umgesetzt werden**, ansonsten droht eine Konventionalstrafe. Der Koa-Vertrag hat die Behandlung der Umsetzung mit der Einrichtung einer Kommission versehen, m.E. eine reine Verzögerungstaktik. Der notwendige Diskurs zur Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie ist in unserer Gesellschaft leider ziemlich mau. Dieses muss geändert werden!

Im Wesentlichen regelt die Entgelttransparenzrichtlinie folgende Maßnahmen:

- Gleiche und gleichwertige Arbeit
- Entgelttransparenz vor der Beschäftigung (Art. 5)
- Ansprüche im laufenden Arbeitsverhältnis (Art. 7)
- Berichtspflichten (Art. 9)
- Gemeinsame Entgeltbewertung (Art. 10)
- Schadensersatz und Entschädigung (Art. 16)
- Beweislastumkehr (Art. 18)
- Sanktionen (Art. 23)

Intensiv diskutiert wurden bereits existierende Tools zur Bewertung von Berufen, zu Eingruppierungen, zu Arbeitsplatzbestandteilen, etc. Leider sind diese noch zu wenig bekannt.

- Auch in diesem Engagementkreis wurde über Ressourcen und über politische Vorhaben diskutiert, u.a. Erstellung einer Website und Strategieentwicklung für Öffentlichkeitsarbeit, ggf. Durchführung einer Veranstaltung
- Erstellung einer Liste bereits bestehender öffentlich-rechtlicher Tools, um diese breiter bekannt zu machen

Diskutiert wurde auch über den Diskurs zum „Bürokratieabbau“ und die Frage, ob diese politische Rahmung das Potential hat, die Anwendung der Entgelttransparenzrichtlinie zu gefährden.

Andiskutiert wurde ebenfalls, wie der Equal Pay Day im kommenden Jahr zu entsprechenden Aktionen und Informationen genutzt werden kann.

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link

<p>21. bis 28. Juni 2025</p>	<p>Berliner Seniorenwoche 2025 unter dem Motto „Seniorenwoche 2025 – miteinander im Kiez.“ Die Eröffnungsveranstaltung am 21. Juni 2025 wird in der Amerika-Gedenkbibliothek ausgerichtet. Darüber hinaus erwartet Sie während der gesamten Woche ein vielfältiges Programm in ganz Berlin.</p>	<p>Informationen und Programm https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/seniorinnen-und-senioren/berliner-seniorenwoche/</p>
<p>Die Ausstellung wird bis zum 11. Juli 2025 im Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin, zu sehen sein.</p>	<p>Ausstellung „30 Jahre Stiftung ZURÜCKGEBEN“ Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Stiftung ZURÜCKGEBEN (www.stiftung-zurueckgeben.de) zeigt die Ausstellung die Gründungsgeschichte, die unrechtmäßige Aneignung von jüdischem Besitz in der Zeit des Nationalsozialismus und darüberhinaus, und stellt exemplarisch zwölf unserer Stipendiatinnen und ihre Projekte vor.</p>	<p>Weitere Infos dazu unter: https://www.parlament-berlin.de/das-haus/ausstellungen-im-parlament/2024-2025/30-jahre-stiftung-zurueckgeben</p>

<p>Save the date Dienstag, 24. Juni 2025 in Berlin</p> <p>11.00 Uhr Plakat- Aktion vor dem Bundestag</p> <p>13.00 Uhr in der Bundesstiftung Gleichstellung statt.</p>	<p>2. Aktionstag für Parität In die Bundesstiftung Gleichstellung eingeladen ist die neue Bundesfamilienministerin Karin Prien Prof. Dr. Jutta Allmendinger wird einleitend sprechen. Dr. Elke Wiechmann wird ihr Gutachten zur Nominierungspraxis der Parteien vorstellen, das der Verein Parité in den Parlamenten auf Initiative von Prof. Dr. Silke Laskowski in Auftrag gegeben hat. Prof. Dr. Rita Süßmuth wird als Interviewgast dabei sein. Für das Podium sind Vertreter*innen der Parteien im Bundestag (Ausnahme AfD) angefragt. Der Aktionstag kostet. Wir würden uns sehr über Geldspenden freuen, auch kleinere Beträge sind willkommen und helfen. Hier der Link für Ihre/Eure Spende betterplace.org/p153649 Besten Dank im Voraus!</p>	<p>Teilnahme vor Ort oder im Livestream: https://forms.gle/FzGECYkr0foguqGL7</p>
<p>Dienstag, 24. Juni 2025, 9:30 Uhr bis 17:30 Uhr Wo: Hans-Böckler- Haus des DGB, Keithstraße 1, 10787 Berlin</p>	<p>DGB-Konferenz „Wohlstand für wen? Gerechte Verteilung als Schlüsselfrage für unsere Demokratie“ CDU/CSU und SPD haben ihrem Koalitionsvertrag das Versprechen von „Chancen und Wohlstand für alle“ vor- angestellt. Aber werden wirklich alle Menschen gleichermaßen von den anstehenden politischen Vorhaben</p>	<p>Programm und die Kurzbiografien unserer Gäste finden Sie hier in der Anmeldung – bis 16.6.2024 unter https://veranstaltungen.dgb.de/wohlstand-fuer-wen-gerechte-verteilung-als-</p>

	<p>profitieren? Welche alternativen Rezepte gibt es? Wie sind Chancen, Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe heute in der Bevölkerung verteilt – auch im internationalen Vergleich und zwischen den Geschlechtern? Was tragen ein starkes Tarifvertragssystem, der Sozialstaat und eine ausgebaute Daseinsvorsorge zur Verteilungsgerechtigkeit bei? Wie sähe ein gerechtes Steuersystem aus und wie wirkt sich die Verteilungssituation auf wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Zusammenhalt und Zufriedenheit in Deutschland aus?</p>	<p>schluesselfrage-fuer-unsere-demokratie</p>
<p>24. Juni 2025 11:00 - 16:15 Uhr WO: Wikimedia Deutschland e.V. Tempelhofer Ufer 23-24 10963 Berlin</p>	<p>Tagung zum Vierten Engagementbericht am 24. Juni 2025</p> <p>Warum sind manche gesellschaftlichen Gruppen weniger engagiert als andere? Welche Barrieren zum Engagement bestehen und wie sind diese zu begründen? Wie können Rahmenbedingungen gestaltet werden, um den Zugang zu Engagement inklusiver zu machen?</p> <p>Mit diesen aktuellen Fragen befasst sich der im Januar 2025 erschienene Vierte Engagementbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Zugangschancen zum freiwilligen Engagement“ (Langfassung/ Kurzfassung). Der Bericht beleuchtet die vielfältigen Schwellen, die den Weg ins Engagement erschweren können. Vorgelegt werden konkrete Handlungsempfehlungen an Politik und Zivilgesellschaft, um Engagement zugänglicher zu gestalten. Adressiert werden sowohl tagesaktuelle als auch zukunftsweisende Fragen für ein demokratisches Zusammenleben in Vielfalt.</p>	<p>Mehr Infos unter https://www.b-b-e.de/veranstaltungen/detail/zugangschancen-erhoehen-teilhabe-staerken-perspektiven-der-zivilgesellschaft-auf-den-vierten-engagementbericht/</p> <p>Anmeldung bis zum 19. Juni 2025 über https://forms.office.com/Pages/ResponsePage.aspx?id=ocW_Ir00yEaFCbtzWVHTWQSPhcBUWXpMp9bT4qfDu-ZUQkdMNTEzS1VWMIpPM1kxNE9DR0MxQzISTy4u</p>
<p>25. Juni 2025, 10:00–12:00 Uhr</p>	<p>ONLINE: Zivilgesellschaftliches Lagebild Antidiskriminierung 2024</p> <p>Mit dem Lagebild Antidiskriminierung 2024 stellt der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) erneut die Auswertung der Fallzahlen aus der zivilgesellschaftlichen Beratungspraxis vor.</p> <p>Die Publikation leistet einen wichtigen Beitrag zur Beleuchtung von Diskriminierungsfällen in Deutschland.</p>	<p>Anmeldung unter https://info.antidiskriminierung.org/anmeldung-lagebild-2025?utm_medium=email&hsenc=p2ANqtz-8PpjHTpKf0CcUqBWqQJBq8S2E9InxqqZG2mlQ-hENVR4bBkkW001PGRtPrkSJx17vetfRjCr6WyOItZh1kO</p>

	<p>Sie zeigt, was viele Menschen in Deutschland tagtäglich erleben – und weshalb zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsarbeit und ein effektiver Diskriminierungsschutz nötiger sind denn je.</p> <p>Zur Eröffnung begrüßt uns Ferda Ataman, die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung (angefragt).</p> <p>Im Anschluss präsentieren wir die zentralen Ergebnisse der Analyse. Danach werden die Erkenntnisse aus der Perspektive der Beratungspraxis reflektiert bevor wir mit Ihnen über die Entwicklungen, Herausforderungen und mögliche Handlungsansätze ins Gespräch kommen.</p>	1qtDdaeyfS-cAp0ks0Zw4EaqZvpXII&hsmi=110303029&utm_content=110303029&utm_source=hs_email
<p>25. Juni 2025 Uhrzeit: 11:00–12:30 Uhr (tbc)</p>	<p>Rückwanderungspotenziale erkennen und als Zielgruppe in den Blick nehmen</p> <p>Die Studie liefert nicht nur tiefere Einblicke in die Lebensrealitäten ehemals Zugewanderter, sondern zeigt auch konkrete Handlungsfelder auf, um Fachkräfte langfristig zu binden und nachhaltige Integrationspolitik zu gestalten.</p>	<p>Zur Studie und weiteren Informationen gelangen Sie hier: https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration-abwanderung-fachkraefte-deutschland</p>
<p>Mittwoch, 25. Juni 2025, 11:00-12:00 Uhr</p>	<p>Pro bono Rechtsberatung für Non-Profits</p> <p>Non-Profit-Organisationen sind in ihrem Arbeitsalltag oft mit spezifischen Fragen konfrontiert, bei denen sie professionelle rechtliche Beratung benötigen: die Findung oder Umwandlung der Rechtsform, die Überarbeitung der Satzung, die Gestaltung von Arbeitsverträgen, haftungsrechtliche Fragestellungen oder der Umgang mit Personendaten. Für die Rechtsberatung fehlen jedoch häufig die finanziellen Mittel. Die Kanzleien bieten ihre Beratung im Rahmen eines Pro-Bono-Mandats an – unentgeltlich und zeitlich begrenzt. Erfahren Sie im Webinar, wie und in welchen Fällen Sie dieses Engagement für sich nutzen können.</p>	<p>Veranstalter: Haus des Stiftens und UPJ</p> <p>Informationen und Anmeldung https://www.hausdesstiftens.org/webinar/pro-bono-rechtsberatung-fuer-non-profits-2/</p>
<p>26. Juni 2025 von 18 Uhr - 22:30 Uhr Wo? Hallesches Haus, Tempelhofer Ufer 1, 10961 Berlin</p>	<p>50+1: Wir laden herzlich ein, mit uns zu feiern! Über ein halbes Jahrhundert feministische Frauengesundheit im FFGZ Berlin e.V.</p>	<p>Anmeldung bis 2. Juni 2025 unter: https://lets-meet.org/reg/11d54910ece980f41f</p>

	Programm mit Rückblicken, Ausblicken – und Tanz! Für Essen & Trinken ist natürlich gesorgt.	
27.06.2025, 17.30 Uhr bis 19.30 Uhr Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Badensche Str. 52, Haus A 10825 Berlin, Raum A 2.05 (2. Stock) – mit Aufzug Ein barrierefreier Zugang mit Fahrstuhl befindet sich auf der Rückseite von Gebäude A (Badensche Str. 52). Das ist der Eingang "Am Mühlenberg" – wird ausgeschildert.	ÜPFI-Salon am 27. Juni 2025 Thema: Neue Einblicke in frauenfeindliche Netzwerke und digitale Gewalt Als Referentin gibt Frau Prof.in Dr.in Gülay Çağlar, FU Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsstelle Gender & Diversity und Mitglied der Sachverständigenkommission des Vierten Gleichstellungsberichts einen Einstieg Ihre/ Deine Ideen für mehr Beteiligung an der Arbeit im politischen Raum sehr willkommen	Anmeldungen bitte bis zum 24.06.2025 an Frau Carl – htmi@hwr-berlin.de
Montag, 30.Juni.2025, 18.00 Uhr in der WeiberWirtschaft , Anklamer Str. 38,10115 Berlin	45 Jahre Landesfrauenrat Berlin! Wir feiern unser Jubiläum mit einem Sommerempfang	
ZOOM 1.7.2025, 10 – 12.30 Uhr	Hitzeereignisse: Unterstützungsmöglichkeiten für vulnerable Gruppen Das Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) bietet eine Online-Veranstaltung zu den Herausforderungen, die Hitzeereignisse für vulnerable Gruppen wie Alleinstehende, Wohnungslose oder geflüchtete Menschen mit sich bringen.	Informationen und Anmeldung https://zentrum-klimaanpassung.de/vernetzung-veranstaltungen/termine/zka-spezial-unsichtbar-der-hitzewelle-unterstuetzungsmoeglichkeiten-fuer-vulnerable-gruppen
3. Juli 2025, 18.30–21.00 Uhr Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Hardenbergstraße 22–24, 10623 Berlin, Besuchszentrum	Die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Berlin. Bleiben Frauen mit Behinderung auf der Strecke? Frauen mit Behinderung erfahren überproportional häufiger Gewalt als der Bevölkerungsdurchschnitt und erleben zudem intersektional wirkende Diskriminierung. Der Schutz von Frauen mit Behinderung und ihre Gewaltprävention wird deshalb in der	Mehr Infos https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/die-umsetzung-der-istanbul-konvention-in-berlin-bleiben-frauen-mit-

	<p>Istanbul Konvention gesondert benannt. Welche Maßnahmen zum Schutz und Beendigung der Diskriminierung bereits erfolgreich umgesetzt worden sind und wo es noch Handlungsbedarf gibt, soll deshalb im Fokus der Veranstaltung stehen.</p> <p>Das Ziel der Veranstaltung ist es, Forderungen für die Umsetzung zu formulieren und im Sinne der Istanbul Konvention Fachöffentlichkeit, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu vernetzen.</p> <p>Moderation: Prof. Dr. Sigrid Arnade, Honorarprofessorin Alice Salomon Hochschule Berlin, Aktivistin für Menschen mit Behinderung</p>	<p>behinderung-auf-der-strecke-1564519.php</p> <p>Anmeldung https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/online-anmelden/formular.680951.php?veranstaltung=die-umsetzung-der-istanbul-konvention-in-berlin 03.07.2025</p>
<p>Dienstag, 8. Juli 2025, 11:30–13:00 Uhr Wo: Vor dem Roten Rathaus, Berlin</p>	<p>Aktion #unkürzbar – damit Berlin sozial - Soziale Infrastruktur darf nicht weiter geschwächt werden</p> <p>Im Juli entscheidet der Berliner Senat über den Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/27. Schon jetzt ist klar: Es drohen weitere Kürzungen im sozialen Bereich. Das hat Folgen für hunderttausende Menschen in Berlin. Doch soziale Arbeit ist kein Luxus. Sie ist das Fundament für Zusammenhalt, Teilhabe und Menschlichkeit. Sie wirkt – jeden Tag, überall in Berlin. Und sie ist: #unkürzbar. Deshalb gehen wir gemeinsam auf die Straße: Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin lädt zur Aktion #unkürzbar – damit Berlin sozial bleibt ein.</p> <p>Für Rückfragen und Hinweise wenden Sie sich bitte an Frau Wittek unter der Mailadresse gstb@paritaet-berlin.de oder telefonisch unter 030 860 01 626.</p>	<p>Jede Teilnahme macht den Unterschied. Damit wir planen können, bitten wir Sie um eine kurze Rückmeldung bis zum 27. Juni über das Online-Formular: https://umfrage.paritaet-berlin.de/319523?lang=de</p>
<p>9. Juli 2025, 10:00 bis 16:15 Uhr Berlin Global Village, Am Sudhaus 2, 12053 Berlin</p> <p>Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.</p>	<p>Teilhabe von älteren Menschen mit Migrationsgeschichte – Erkenntnisse und Impulse aus dem Neunten Altersbericht der Bundesregierung</p> <p>Der Neunte Altersbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen“ werden die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Lebenssituationen älterer Menschen in Deutschland dargestellt und es wird untersucht, ob gesellschaftliche</p>	<p>Mehr Informationen: https://www.neunteraltersbericht.de/migration</p> <p>Direkt zur Anmeldung: www.neunteraltersbericht.de/anmeldung/migration</p>

	<p>Teilhabe für alle älteren Menschen in gleichem Maße möglich ist. Auf der Fachtagung soll der Frage nachgegangen werden, wie das Älterwerden im Kontext von Migration in Deutschland verläuft und inwiefern eine Migrationsgeschichte die Teilhabechancen älterer Menschen beeinflusst. Zentrale Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Neunten Altersberichts, die die Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationsgeschichte betreffen, sollen vorgestellt und ihre Implikationen diskutiert werden. Darüber hinaus werden im Rahmen von Symposien Projekte aus Wissenschaft und Praxis vorgestellt und ihre Ergebnisse diskutiert.</p>	
<p>am 10. Juli 2025, um 19 Uhr im Oracle Customer Visit Center am Berliner Hauptbahnhof und überall online am PC</p>	<p>Auftrag: Gleichstellung. Ein Gespräch mit Heli Ihlefeld „Parität ist das Ziel“, sagt Heli Ihlefeld. „Nur mit wirklicher Parität ist diese Welt noch zu retten.“ Das bedeutet: Frauen und Männer erhalten die gleichen Möglichkeiten und Chancen in allen Bereichen und die gleichen Löhne, die gleichen Machtpositionen wie Männer; denn sie sind die Hälfte der Menschheit und haben somit die gleiche Verantwortung für unseren schönen Planeten. Dass sie über die gleichen Fähigkeiten verfügen wie Männer ist inzwischen längst erwiesen. Dass sie die Welt aus einem anderen Blickwinkel betrachten auch. Daher ist ihre Meinung und ihr Einfluss dringend notwendig.</p> <p>Wirkliche Gleichstellung, das heißt „Parität“, entlastet auch Männer von einem überholten Rollenbild und einseitigen Erwartungen und verbindet sie stärker mit ihren Kindern. Aus diesem Grund sind zu unserer Veranstaltung auch männliche Interessenten sehr herzlich willkommen. Persönlich vor Ort im Oracle Customer Visit Center am Berliner Hauptbahnhof oder gern auch überall online.</p>	<p>Mehr Infos https://fim.de/veranstaltungen/</p>
<p>11. Juli 2025, 13 bis 18 Uhr in der Crellestraße Nr. 38-42 (Kreuzung</p>	<p>1. TempelSchöner KlimaEngagement Markt Schöneberger Vereine und Initiativen stellen ihre Projekte vor. Es gibt Workshops, Mitmachaktionen und</p>	<p>Mehr Infos in der Broschüre “Nachhaltig engagiert in Tempelhof-Schöneberg”</p>

<p>Helmstraße), 10827 Berlin</p>	<p>viele Infos, welche Möglichkeiten es gibt, sich für Klima- und Umweltschutz im Bezirk zu engagieren. Eröffnet wird der Markt von Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann sowie Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck, Leiterin der Abteilung für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz.</p>	<p>https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik-und-verwaltung/ehrenamtsbue-ro/engagementbereiche/kli-maschutz/</p>
<p>Mittwoch, den 16. Juli 2025, 18 – 21 Uhr BFB 1945 e.V. Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin</p>	<p>Gleichstellungspolitische Entwicklungen in der EU und Deutschland Referentin: Renate Wielpütz, Berliner Begleitausschuss, Mitfrau des BFB 1945 e.V. Auf EU-Ebene wird derzeit die Gleichstellungsstrategie ab 2026 vorbereitet und im Juli werden erste Vorschläge für den Mittelfristigen Finanzrahmen nach 2027 sowie die Verordnungen für die Kohäsionspolitik vorliegen. Für Deutschland hat die Bundesregierung eine neue Gleichstellungsstrategie sowie gleichstellungspolitische Mechanismen im Koalitionsvertrag verankert, deren Umsetzung mit Spannung erwartet wird. In der dem Input folgenden Diskussion sollte u.a. die Frage erörtert werden, wie sich zivilgesellschaftliche Gleichstellungs-Organisationen wie der Berliner Frauenbund 1945 e.V. positionieren können und sollten, um Einfluss auf die gleichstellungspolitischen Entwicklungen zu nehmen.</p>	<p>Mehr Infos und Anmeldung unter: https://berliner-frauenbund.de/events</p>
<p>Montag, der 21. Juli 2025, 15 – 17.30 Uhr Café „When Dreams Come True“, Güntzelstraße 3, 10717 Berlin</p>	<p>SAVE THE DATE Geburtstags-Kaffee anlässlich des 80. Jahrestages der Gründungsversammlung des späteren BFB 1945 e.V. Unsere Referentin Bianca Walther, Historikerin, Dolmetscherin, Podcasterin, Mitfrau des BFB 1945 e.V., wird uns zum frauenpolitischen Aufbruch nach dem 2. Weltkrieg in Berlin und dem Engagement einzelner Frauen und den Formen und Zielen frauenbewegter Bündnisse damals berichten. An diesem 21. Juli 1945 wurde der Grundstein für eine nunmehr 80jährige erfolgs- und arbeitsreiche</p>	<p>Anmeldung bitte bis zum 17.7.2025 unter https://berliner-frauenbund.de/events</p>

	Vereinstätigkeit gelegt. Daran zu erinnern heißt, aus dem mutigen Aufbruch dieser Frauen und dem nicht nachlassendem Einsatz aller ihnen nachfolgenden Frauen Kraft zu schöpfen und Motivation, Ideen für die Zukunft weiter zu entwickeln	
24. Juli 2025, 10:00 -12:00 Uhr	<p>Online-Vortrag: Altersvorsorge und Geldanlage</p> <p>Ziel des Workshops ist es, Sie in Ihrer Funktion als Multiplikator*innen für das Thema Finanzen und Altersvorsorge zu sensibilisieren. Die Referentin stellt in diesem Workshop Schritt für Schritt eine nachvollziehbare Herangehensweise an die Themen Altersvorsorge und Geldanlage sowie sinnvolle Kombinationen, der verschiedenen recht unterschiedlichen Wege für eine ausreichende Altersvorsorge vor. Erfahren Sie, wie sich verschiedene Produkte unterscheiden und welche für Sie passend sind. Zudem erhalten Sie wertvolle Tipps zur Erkennung guter Beratung</p> <p>Referentin: Renate Fritz</p>	Zur Anmeldung geht es hier https://www.gleichberechtigt.org/form/anmeldung-online-workshop-alters
31.07.2025 - 14:30-15:30 Uhr - Online	<p>Schreib's einfach. Einfache Sprache für bessere Kommunikation.</p> <p>Um gute Texte in einfacher Sprache zu schreiben, die von mehr Menschen verstanden werden können, braucht es nur wenige Regeln. In diesem Zukunftsimpuls lernen wir die wichtigsten Regeln der einfachen Sprache kennen und erfahren, wie generative KI-Anwendungen (GPTs) und einfache Sprache zusammenarbeiten können. Impulsgebende</p> <p>Referentin: Anna Gabai, Zukunftszentrum Berlin</p>	Mehr Informationen und Anmeldung https://zukunftszentrum-berlin.de/aktuelles/event/schreibs-einfach-einfache-sprache-fuer-bessere-kommunikation/
12.9.2025 Bundesstiftung für Gleichstellung	<p>Save the Date:</p> <p>Jubiläumsfest für „Die Löwin“, Projekt des BFB 1945 e.V. Das Land Berlin fördert eine große Anzahl gesamtstädtisch ausgerichteter sozialer, gesundheitlicher und pflegerischer Angebote durch staatliche Zuwendungen.</p>	Weitere Informationen später
SAVE THE DATE	Einladung der Stiftung ZURÜCKGEBEN	

<p>21. September 2025 von 11 bis 22 Uhr Sophiensaelen, Sophienstraße 18, 10178 BerlinMitte.</p>	<p>Präsentationen von Projekten geförderter Frauen</p>	
<p>25. September 2025 in Berlin Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz 1, Berlin</p>	<p>SAVE THE DATE: Hybrider Fachtag „Handlungssicher gegen digitale Gewalt“</p>	
<p>15. Oktober 2025 von 14:00- 18:00Uhr Wo: Staatliche Bibliothek Friedrichshain- Kreuzberg "Pablo Neruda"</p>	<p>Save the date "Arbeitsmarkt für alle? Ausschlüsse und Perspektiven für Frauen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationsbiografien" Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen DaMigra – Dachverband der Migrantinnenorganisationen, BOX-66 - Das interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum für Frauen und Familien in Friedrichshain (Träger: VIA e.V.)und KOBRA – Arbeit / Bildung / Beratungs (Träger: Berliner Frauenbund 1945 e.V.). Wir möchten mit Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft sowie betroffenen Frauen ins Gespräch kommen. Ziel ist es, bestehende Hürden sichtbar zu machen und gemeinsam konkrete Lösungsansätze zu entwickeln.</p>	<p>Weitere Informationen zu einem späteren Zeitpunkt</p>
<p>24. und 25. Oktober 2024 in Berlin https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/berliner-massnahmenplan/evaluation_massnahmenplan.pdf?ts=1733911012</p>	<p>Theodor-Heuss-Kolloquium 2024: Über den Glauben zur Politik. Religion und politisches Engagement von Frauen Untersucht wird, inwieweit Religion Frauen zu politischem oder gesellschaftlichem Handeln motiviert. Dabei wird die Rolle unterschiedlicher Religiositäten von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis heute in den Blick genommen.</p>	<p>Weitere Informationen: https://www.theodor-heuss-haus.de/forschung/theodor-heuss-kolloquium</p>
<p>1.-2.11.2025 in Leipzig</p>	<p>AKF-Fachtagung: Alles Menopause oder WAS?! Wie kann eine gute und evidenzbasierte Versorgung in den Wechseljahren aussehen? Der AKF will auf dem Fachtag zu einer breiten und multiprofessionellen</p>	<p>Weitere Infos unter https://www.arbeitskreis-frauengesundheit.de/2025/04/30/save-the-date-akf-fachtagung-alles-</p>

	<p>Debatte zum Thema Wechseljahre einladen. Welche Forderungen nach einer besseren Versorgung werden von der Evidenz gestützt? Welche Symptome sind der aktuellen Forschung zufolge wirklich auf die hormonellen Veränderungen zurückzuführen? Wie könnte eine bessere Versorgung und Information für Frauen aussehen? Außerdem soll es um kulturhistorische und interkulturelle Perspektiven, gesellschaftliche und psychosomatische Aspekte sowie um Strategien der Pharmaindustrie gehen.</p>	<p>menopause-oder-was-1-2-november-2025/ Programm und Informationen zur Anmeldung folgen in Kürze.</p>
23. Mai 2026	<p>Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle An diesem Tag feiern Engagierte in ganz Deutschland den 77. Geburtstag des Grundgesetzes mit einer bundesweiten Mitmachaktion. Ziel der Initiative „Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.“ ist es, deutschlandweit zur Beteiligung, zu eigenen Aktionen und zum Mitmachen einzuladen. Initiator und Schirmherr ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die DSEE bereitet die Aktion in enger Zusammenarbeit mit dem Bundespräsidialamt vor.</p>	

IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischen Umfeld

- **Wie unabhängig sind Frauen in Deutschland?
 Zur Bedeutung existenzsichernder Beschäftigung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen**

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen durch eine gleichberechtigte Teilhabe im Erwerbsleben zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Gewerkschaften. Voraussetzung dafür ist ein existenzsicherndes Einkommen. Davon sind die meisten Frauen jedoch weit entfernt. Das zeigen die alarmierenden Ergebnisse einer Recherche, die wir in dieser Broschüre zusammengefasst haben: Sieben von zehn Frauen könnten mit ihrem eigenen Erwerbseinkommen nicht langfristig für sich und ein Kind vorsorgen.

Dass viele Frauen keine existenzsichernde Beschäftigung haben, ist auch Folge ihrer strukturellen Benachteiligung im Erwerbsleben. Sie zeigt sich an vielen Stellen: Frauen sind in der Woche durchschnittlich knapp acht Stunden weniger erwerbstätig als Männer. Jede zweite Frau ist in Teilzeit beschäftigt. In der Folge verdienen sie weniger, haben schlechtere Aufstiegschancen, sind finanziell häufiger abhängig von ihrem Partner oder

von staatlichen Leistungen.

Mehr Infos zur DGB-Studie: https://www.defacto-forschung.eu/wp-content/uploads/DGB-Frauen_Existenzsicherung_2025_final.pdf

- **Neues KlimaDashboard für Friedrichshain-Kreuzberg fördert transparente Klimakommunikation**

Das KlimaDashboard für Friedrichshain-Kreuzberg soll den Weg zur Erreichung der Klimaziele des Bezirks transparent und zugänglich für die Öffentlichkeit machen. Auf Grundlagen der offenen Daten von Friedrichshain-Kreuzberg visualisiert das Dashboard aktuelle Klimadaten und zeigt konkrete Aktivitäten sowie Handlungsbedarfe auf. Das KlimaDashboard, entwickelt vom CityLAB Berlin in Zusammenarbeit mit dem bezirklichen Klimateam, ist als Website ab sofort öffentlich aufrufbar.

Weitere Informationen: <https://www.klimadashboard-xhain.de/>

- **Archiv Nr. 2/2025 | Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen**

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf inklusive Berufsausbildung und Arbeit. Dieses Themenheft gibt einen Überblick über die komplexen Rechtsgrundlagen und deren Umsetzung in die Praxis. Instrumente wie das Budget für Arbeit werden vorgestellt, und anhand innovativer Projekte werden Wege in den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufgezeigt.

Mehr Informationen: 104 Seiten, kart., 18,20 Euro, für Mitglieder des Deutschen Vereins 14,50 Euro, ISBN: 978-3-7841-3786-5

<https://www.deutscher-verein.de/shop/produktdetail/archiv-nr-22025-teilhabe-am-arbeitsleben-von-menschen-mit-behinderungen/>

- **WSI-Verteilungsbericht 2018: Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum**

Der diesjährige Verteilungsbericht des WSI zeigt, dass Armut und Reichtum zunehmend dauerhafter werden. Auf Basis der SOEP-Daten werden Einkommensarmut und Einkommensreichtum betrachtet. Der Bericht geht der Frage nach, wie sich der Bevölkerungsanteil, der dauerhaft von Armut betroffen ist bzw. der dauerhaft in Reichtum lebt, seit Beginn der 1990er Jahre entwickelt hat. Die Analysen belegen: Vor allem Armut hat in sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verfestigt, aber auch Reichtum wird immer dauerhafter. Besonders ausgeprägt sind diese Prozesse in Ostdeutschland. Die Verfestigung von Armut und Reichtum hat gravierende gesellschaftspolitische Folgen. Wer dauerhaft in Armut lebt, läuft Gefahr, massiv in seiner sozialen Teilhabe eingeschränkt zu sein. Verfestigter Reichtum wiederum droht zu einem geschlossenen Zirkel zu werden, der sich zunehmend von der Mitte der Gesellschaft entfernt. Um einen solchen Drift in zweierlei Richtungen zu vermeiden und insbesondere dauerhafte Armut zu bekämpfen, sind bildungs- und arbeitsmarktpolitische Reformen ebenso notwendig wie Maßnahmen, welche die soziale Durchmischung aller Bevölkerungsgruppen fördern.

Zum Bericht:

file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/p_wsi_report_43_2018.pdf

- **WSI-Verteilungsbericht 2023 „Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie“**

Die Armut in Deutschland nimmt weiter zu. Und es wird eine deutliche Korrelation zwischen Einkommenshöhe und geringem Vertrauen in staatliche und demokratische Institutionen konstatiert.

Die alltäglichen Erfahrungen und Möglichkeiten von Menschen in Deutschland hängen ganz entscheidend von ihrem Einkommen ab. Zu einem gesellschaftlichen Problem wird Einkommensungleichheit spätestens dann, wenn sie zu einer Entfremdung einzelner Gruppen vom demokratischen System beiträgt.

Ausgehend von der anhaltend hohen Einkommensungleichheit zeichnet der Verteilungsbericht unterschiedliche Lebensrealitäten von Menschen nach und verdeutlicht: Wenn sich Menschen gesellschaftlich nicht mehr wertgeschätzt fühlen und das Vertrauen in das politische System verlieren, dann leidet darunter auch die Demokratie.

zum Bericht: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008729/p_wsi_report_90_2023.pdf

- **Verschärfung der Armut - Paritätischer Armutsbericht**

Im aktuellen Armutsbericht 2025 des Paritätische Wohlfahrtsverbands ist zu lesen, dass 13 Millionen Menschen hierzulande unterhalb der Armutsgrenze leben. Die höchste Armutsquote betrifft junge Frauen unter 25 Jahren mit 26,9 Prozent.

Demnach sind 15,5 % der Menschen in Deutschland von Armut betroffen.

Alleinerziehende und Haushalte mit drei und mehr Kindern haben die höchste Armutsbetroffenheit aller Haushalte. Auch Erwerbslose und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen sowie Migrationshintergrund sind stark überproportional betroffen. Frauen weisen eine deutlich höhere Armutsquote auf als Männer.

Zum Bericht: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/armutsbericht_2025_web_fin.pdf

- **Oxfams Bericht zu sozialer Ungleichheit - Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen**

„Regierungen müssen jetzt dringend dafür sorgen, dass Superreiche einen finanziellen Mindestbeitrag zum Gemeinwohl leisten und Konzernmacht beschränkt wird. Nur so erreichen wir eine sozial und ökologisch gerechte und nicht zuletzt demokratische Zukunft für alle“, betont die internationale Organisation Oxfam in ihrem aktuellen Ungleichheitsbericht 2025.

zum Bericht: <https://www.oxfam.de/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit>

- **Gender Pay Gap nimmt mit dem Alter in allen Bildungsschichten zu**

In einem Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird der Gender Pay Gap, der in Deutschland bei 16 % liegt, nach Altersstufen und Bildungsgrad differenziert untersucht.

DIW Wochenbericht (engl.):

https://www.diw.de/de/diw_01.c.948167.de/publikationen/weekly_reports/2025_18_1/gender_pay_gap_increases_with_age_among_all_educational_backgrounds.html

- **Frauenerwerbstätigkeit, ökonomische Gleichstellung: volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen**

Die Prognos AG hat im Auftrag des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) eine Studie zu den volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen erstellt, in denen Ungleichheiten besonders gravierende Folgen haben. Die Autorinnen entwickeln Handlungsempfehlungen für eine ökonomische Gleichstellung von Männern und Frauen.

zur Studie: <https://www.prognos.com/de/projekt/wirtschaftliches-potenzial-gleichstellung-frauen>

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

In einem aktuellen Schwerpunkt des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden Publikationen und Projekte des IAB zum Thema Vereinbarkeit zusammengestellt.

IAB-Themenseite: <https://iab.de/themen/sonderthemen/vereinbarkeit-von-familie-und-beruf/>

- **Innovativ – Exzellent – Sichtbar: Frauen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft**

Das Metavorhaben Innovative Frauen im Fokus (meta-IFiF) des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit hat eine umfangreiche Dokumentation ihrer Fachtagung veröffentlicht. Thema waren Lösungen aus Wissenschaft und Praxis zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Repräsentanz von Frauen.

Dokumentation: <https://www.innovative-frauen-im-fokus.de/veranstaltungen/fachtagung-2025/#c2756>

- **Queeres Leben und Transfeindlichkeit**

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Inter-, Trans- und Asexuellenfeindlichkeit am 17.05. wurde in der Mediathek Antifeminismus der Heinrich-Böll-Stiftung ein Schwerpunkt zum Thema Transfeindlichkeit veröffentlicht. Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) hat einen überarbeiteten Überblick über die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen für LGBTI-Personen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Und in der aktuellen Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) sind Artikel zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt aus historischer und politikwissenschaftlicher Sicht enthalten.

APuZ „Queer“: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/queer-2025/>

Mediathek: <https://antifeminismus-begegnen-mediathek.de/de/transfeindlichkeit>

- **Das Teilhabechancengesetz wirkt auch bei Menschen mit schwerer Behinderung**

In einem Beitrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird untersucht, welche Möglichkeiten das Teilhabechancengesetz für die Integration in den Arbeitsmarkt und die soziale Teilhabe von Menschen mit schwerer Behinderung bietet.

IAB-Forum: <https://www.iab-forum.de/das-teilhabechancengesetz-wirkt-auch-bei-menschen-mit-schwerer-behinderung/>

- **Umweltbewusstsein in Deutschland – Einsatz junger Menschen für den Umwelt- und Klimaschutz**

Das Umweltbundesamt (UBA) hat erste Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage zum Umweltbewusstsein im Jahr 2024 veröffentlicht. Demnach habe der Schutz von Umwelt und Klima für die Mehrheit der Menschen in Deutschland weiterhin einen hohen Stellenwert - allerdings nehme die Bedeutung des Themas seit 2022 ab.

In der Studie „Zukunft? Jugend fragen!“ des UBA werden die nachhaltigkeitsbezogenen Sichtweisen, Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen zwischen 14 und 22 Jahren im Jahr 2023 untersucht. Im Vergleich zu den Vorjahren ist ein rückläufiger Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz zu verzeichnen.

In der Analyse „Jugendengagement für Nachhaltigkeit stärken“ untersuchen die Autor*innen die Gründe junger Menschen, sich nicht aktiv für den Klima- und Umweltschutz sowie für Nachhaltigkeit zu interessieren und zu engagieren.

Kurzbericht zum Umweltbewusstsein:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2024>

Jugendstudie: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/zukunft-jugend-fragen->

[2023-0](#)

Analyse: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/jugendengagement-fuer-nachhaltigkeit-staerken>

- **Kompetenzen für Klimaanpassung - Die Rolle der beruflichen Bildung**

In einem Bericht des Umweltbundesamts (UBA) wird untersucht, wie die berufliche Bildung zur Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel beitragen kann und wie relevante Kompetenzen im Berufsbildungssystem verankert werden können.

Bericht <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/kompetenzen-fuer-klimaanpassung>

- **Tarifflicht darf nicht belohnt werden - Ausgabe 09/2025**

Die Politik wollte für bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Tarifbindung im Pflegesektor sorgen – doch die seit 2022 geltende Neuregelung verfehlt ihr Ziel. HSI-Direktor Ernesto Klengel und die HSI-Sozialrechtlerin Sandrina Hurler erklären, was sich ändern muss.

Zum Bericht: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-tarifflicht-darf-nicht-belohnt-werden-69356.htm>

- **Nicht im Büro und doch immer da**

Dabei stützen sich die Sozialforscherinnen auf eine Befragung von rund 2700 Beschäftigten aus dem Jahr 2021, die zumindest zeitweilig im Homeoffice gearbeitet haben. Ihre Ergebnisse legen nahe, dass die Vorstellung von der „idealen Arbeitskraft“, die ständig und rund um die Uhr verfügbar ist und der Arbeit den Vorrang gibt, auch im digitalen Raum fortbesteht.

Zur Studie: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-nicht-im-buro-und-doch-immer-da-69353.htm>

- **Teilzeitquote im Jahr 2024 bei Frauen (49 %) und Männern (12 %) auf neuem Höchststand**

74 % der Frauen und 81 % der Männer erwerbstätig
Mütter weiterhin seltener erwerbstätig als Väter, aber Anteil erwerbstätiger Mütter seit 2005 deutlich gestiegen

DESTATIS:

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/05/PD25_175_13.html

- **Hartnäckige Geschlechterungleichheit**

Insbesondere in Sachen Arbeitszeit und Lohn kommen Frauen in fast allen Branchen nach wie vor schlechter weg als Männer.

Das geht aus einem Überblick zum Stand der Gleichstellung hervor, den Svenja Pfahl und Eugen Unrau vom Berliner SowiTra-Institut gemeinsam mit WSI-Forscherin Yvonne Lott auf Basis des WSI-Genderdatenportals vorgelegt haben.

Die Fachleute empfehlen unter anderem eine kontinuierliche Erhöhung des Mindestlohns, von dem Frauen überproportional profitieren, die Abschaffung von Minijobs sowie Änderungen am Entgelttransparenzgesetz, am Brückenteilzeitgesetz und beim Elterngeld.

Überblick: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-hartnackige-geschlechterungleichheit-69049.htm>

- **Positionspapier zur Fortschreibung der Berliner Engagementstrategie**

Wir, das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin e.V., haben ein Positionspapier zur Fortschreibung der Berliner Engagementstrategie 2020–2025 veröffentlicht. Das Papier

ist das Ergebnis eines breit angelegten Beteiligungsprozesses, den wir seit November 2024 koordiniert haben. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen aus unserem Netzwerk haben daran mitgewirkt und ihre vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen aus der Berliner Engagementlandschaft eingebracht.

Mit diesem Papier möchten wir einen zivilgesellschaftlichen Impuls für die Weiterentwicklung einer Engagementstrategie geben, die aus unserer Sicht ressortübergreifend wirken muss. Engagement betrifft nahezu alle Bereiche des städtischen Lebens – von Bildung, Integration und Soziales bis hin zu Umwelt, Stadtentwicklung und Kultur.

Aufbauend auf den Leitideen der bisherigen Berliner Engagementstrategie und den Zielsetzungen der Engagementstrategie des Bundes schlagen wir vor, die Fortschreibung entlang von drei zentralen Kategorien zu strukturieren:

- Engagement für alle zugänglich machen
- Zeit und Raum für Engagement schaffen
- Engagement zukunftsfähig stärken

Zum Positionspapier: https://www.lnbe.berlin/wp-content/uploads/2025/05/20250514_LNBE_Positionspapier_Engagementstrategie.pdf

- **Bundesländer in der Verantwortung: Es braucht Landes-Antidiskriminierungsgesetze**

Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, haben auf Länderebene kaum Möglichkeiten, sich rechtlich gegen Diskriminierung zu wehren. Das gilt insbesondere in Bereichen, für die die Länder explizit zuständig sind – dazu zählen Schulen, Universitäten, Ämter oder die Polizei. Hier seien vor allem die Länder gefragt. Anders als in anderen EU-Mitgliedsländern wie beispielsweise in Österreich gebe es in Deutschland keine Länder-Antidiskriminierungsgesetze – mit Ausnahme Berlins, das 2018 ein „LADG“ auf den Weg gebracht hat.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sieht in ihrem Kurzgutachten „Zur rechtlichen Notwendigkeit von Landesgesetzen für Antidiskriminierung“ besonders im Bildungsbereich dringenden Handlungsbedarf. Klare gesetzliche Regeln im Rahmen von Landesantidiskriminierungsgesetzen und darauf beruhende Gerichtsentscheidungen können Rechtssicherheit für alle Beteiligten herstellen und das Vertrauen in den Rechtsstaat fördern, heißt es unter anderem in dem Gutachten.

Zum Gutachten:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Standpunkte/06_ladg.html?nn=305458

- **Armut und Geschlecht**

Statistiken machen deutlich, dass soziale Benachteiligung, Armut und soziale Ausgrenzung in hohem Maße „geschlechtsspezifisch“ bestimmt sind. Woran liegt das? Und welche anderen Befunde gibt es, die geschlechtsspezifische Benachteiligungen beschreiben?

Mehr Infos von der Diakonie Deutschland:

- <https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2021/dezember/armut-und-geschlecht>

- <https://www.diakonie.de/informieren/blog/frieda-wittenborn/2025/armuterfahrungen-einer-alleinerziehenden-mutter>

- **Strafverfolgung bei häuslicher Gewalt**

„Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. hat zusammen mit der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Frau Cornelia Seibeld, zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen 2024 eine viel beachtete Veranstaltung zum Thema Strafverfolgung bei häuslicher Gewalt durchgeführt. Sie machte deutlich, wie groß

der hier bestehende große Handlungsbedarf ist. Aus den sehr wichtigen und konkreten Vorschlägen der Referentinnen haben wir das beiliegende Positionspapier mit Forderungen an die Politik entwickelt, das alle politisch zuständigen Stellen im Senat und im Abgeordnetenhaus erhalten haben.

Wir möchten an dieser Stelle schon auf unsere diesjährige Veranstaltung am 25.11. hinweisen, die sich mit dem Thema häusliche Gewalt und Sorgerechtsverfahren beschäftigen wird.“

Positionspapier: <https://www.berlin-stadtderfrauen.de/positionspapier-und-forderungen-an-die-politik-zu-straftaten-im-bereich-haueslicher-gewalt-in-berlin-konse-quent-verfolgen/>

- **Digitalpolitik: Debatten und Positionen**

Nur durch die Verknüpfung von Technologie, Demokratie, Nachhaltigkeit und Feminismus können wir eine gerechtere und zukunftsfähigere Welt schaffen. Welche Herausforderungen und Chancen ergeben sich aus diesem Zusammenspiel? Unsere Themensammlung bietet einen kritischen Einblick in die Debatten, u.a. auch zu den Themen

- Digitalisierung und intersektionaler Feminismus: Was bedeutet feministische Cybersecurity? Cyberattacken bedrohen zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Geschlechtsspezifische digitale Gewalt wird dabei oft übersehen. Eine feministische Perspektive auf Cybersecurity fordert inklusive Strategien und berücksichtigt strukturelle Ungleichheiten.
- Männlichkeit: Instrumentalisierter Krisen-Diskurs: umfassende Bestandsaufnahme der Männlichkeitsforschung. Einen Schwerpunkt liegt dabei auf den Verbindungslinien zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Mehr zu lesen unter: <https://www.boell.de/de/digitalpolitik-debatten-und-positionen>

- **Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Bahar Haghanipour und Vasili Franco (GRÜNE) vom 6. Mai 2025 zum Thema: Jeder Femizid ist einer zu viel – Wie steht es um Femizide, partnerschaftliche und innerfamiliäre Gewalt in Berlin? und Antwort vom 20. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Mai 2025)**

Mehr zur Drucksache 19 / 22 513 unter: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-22513.pdf>

- **Studie: Competitive- - International Partnerships (FES und DGB)**

Deutschland und die EU sind auf Partnersuche: für die sozial-ökologische Transformation sind wir auf eine Vielzahl neuer Handelspartner angewiesen. Es geht dabei vor allem um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen, grünem Wasserstoff und nachhaltiger Energie, von der die deutsche und europäische Wirtschaft abhängt.

Der neue Ansatz der "Transformationspartnerschaften", den die EU und Deutschland in den letzten Jahren entwickelt haben, soll Partner dazu ermutigen, ihre begehrten Produkte in die EU und nach Deutschland zu verkaufen und nicht an geoökonomische Konkurrenten wie China oder die Vereinigten Staaten.

Unsere neue Studie "Competitive- -International Partnerships" gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zeigt allerdings, dass Deutschland und die EU im Rahmen neuer Abkommen große Versprechungen an Partner machen - diese jedoch noch zu wenig umsetzen. Basierend auf Partnerperspektiven aus drei Weltregionen haben wir Empfehlungen für wettbewerbsfähigere und damit resilientere Partnerschaften entwickelt.

Study: <https://library.fes.de/pdf-files/international/22118.pdf>

Kommentar: Die EU auf Partnersuche: Neuordnung von Welthandel und globalen Lieferketten - Sind Deutschland und die EU attraktiv für belastbare internationale Partnerschaften? Gemeinsam mit dem DGB geben wir in einer neuen Studie Antworten.

<https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/artikel-in-die-welt-gerecht-gestalten/die-eu-auf-partnersuche>

- **Aktiv gegen Einsamkeit: Beitragsreihe »Jung, einsam – und engagiert?«**

Was hat Einsamkeit mit demokratischer Teilhabe zu tun? Eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung, verfasst von Aaron Heinz, zeigt: 45 Prozent der jungen Erwachsenen in Deutschland fühlen sich einsam. Die Ergebnisse machen deutlich: Einsamkeit senkt das Vertrauen in politische Institutionen, schwächt das Gefühl von Selbstwirksamkeit – und damit die Bereitschaft, sich zu engagieren. Gleichzeitig wünschen sich viele junge Menschen Zugehörigkeit und Anerkennung – und sehen Engagement als möglichen Ausweg. Was bedeutet das für Engagementförderung, Beteiligungsformate und politische Bildungsarbeit? Einblicke, Handlungsempfehlungen und weiterführende Informationen finden sich in der Darstellung »Die Einsamkeit junger Menschen ist eine Gefahr für die Demokratie«. Ansprechpartnerinnen bei der Bertelsmann Stiftung sind Dr. Anja Langness und Nicole Kleeb. Die Bertelsmann Stiftung ist Mitglied im BBE.

Weitere Informationen und Studie: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2025/mai/die-einsamkeit-junger-menschen-ist-eine-gefahr-fuer-die-demokratie#link-tab-263927-10>

- **KLIMASCHUTZ IN DER ZUWANDERUNGSGESELLSCHAFT**

Wie kann Klimaschutz unter den Bedingungen einer Zuwanderungsgesellschaft besser gefördert werden? Das beleuchtet das vorliegende Policy Paper mit Blick auf die Frage der interkulturellen Öffnung von Umwelt- und Klimaschutzorganisationen sowie auf die Popularisierung des Klimaschutzes in Migrant*innenorganisationen und ihren Communities. Handlungsempfehlungen am Ende des Papiers drehen sich um die Förderung des Klimaschutzes in einer vielfältigen Gesellschaft (u. a. zur interkulturellen Öffnung von Umwelt- und Klimaschutzorganisationen, zu Kooperationen mit Migrant*innenorganisationen, zur Forschungsförderung und zur zielgruppenspezifischen Klimakommunikation).

Zum Policy Paper: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/04_Projekte/Engagiert_fuer_Klimaschutz/WEB_BBE_PP_Zuwanderung.pdf

- **MIGRATION UND IHR BEITRAG ZUM STAATSHAUSHALT**

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE. Die Expertise wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

- Migration bedeutet höhere Kosten, aber auch Ersparnisse und Einnahmen für den deutschen Staat. In der Summe entlastet Migration die öffentlichen Haushalte.
- Eine um 200.000 Personen höhere jährliche Netto-Zuwanderung nach Deutschland reduziert die dauerhaft bestehende Finanzierungslücke der öffentlichen Haushalte um knapp 2,5% des Bruttoinlandsprodukts – oder, gemessen in Werten für 2024, um rund 104 Mrd. Euro jährlich.
- Jede Person, die im Zuge dieser kontinuierlich hohen Zuwanderung nach Deutschland kommt, entlastet den Staatshaushalt um 7.100 Euro im Jahr.
- Diese Ergebnisse lassen sich aus Berechnungen für den im März 2024 veröffentlichten Sechsten Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums

ableiten. Die Effekte der Zuwanderung für den Staatshaushalt sind damit insgesamt positiv.

- Bisherige Berechnungen, nach denen Zugewanderte auf individueller Ebene lebenslang eine negative „fiskalische Bilanz“ aufweisen, werden oft missverstanden. Dies gilt nämlich auch für nicht-zugewanderte Personen. Vor allem vernachlässigen solche Berechnungen die Auswirkungen der Zuwanderung auf das Wirtschaftswachstum sowie die Frage, wann ihre fiskalischen Effekte anfallen.

Mehr infos: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Werding_Kosten_Einnahmen_Migration_Beitr_ag_Staatshaushalt_Mediendienst.pdf

- **Sinusmilieustudie**

Die Sinus-Milieus sind ein Gesellschaftsmodell. Sie wurden von SINUS vor über 40 Jahren entwickelt und gelten als Goldstandard der Zielgruppensegmentation. Die Sinus-Milieus fassen Menschen mit ähnlichen Werten und einer vergleichbaren sozialen Lage zu „Gruppen Gleichgesinnter“ zusammen. Die Übergänge zwischen den Milieus sind dabei fließend. Wir nennen das die „Unschärferelation der Alltagswirklichkeit“.

Mehr dazu: <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus>

- **Frieden retten! friedensgutachten**

Der Frieden ist auf dem Rückzug: Russlands Krieg in der Ukraine destabilisiert Europa, der Krieg in Gaza stürzt den Nahen Osten in Leid und Gewalt, und im Sudan hat der Konflikt die größte humanitäre Katastrophe der Welt ausgelöst. Zugleich fällt der globale Stabilitätsanker USA aus. Präsident Donald Trump baut das Land nicht nur zu einer Autokratie um, er setzt auch in der Außenpolitik auf das Recht des Stärkeren statt auf Regeln und Kooperation. Das Friedensgutachten 2025 zeigt, warum Europa selbst für seine Sicherheit und Verteidigung sorgen und zugleich am Ziel des Friedens festhalten muss.

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Gutachten der deutschen

Friedensforschungsinstitute (BICC / IFSH / INEF / PRIF) und erscheint seit 1987.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Fachgebieten untersuchen darin internationale Konflikte aus einer friedensstrategischen Perspektive und geben klare Empfehlungen für die Politik.

Zum Gutachten <https://friedensgutachten.de/>

- **Positionspapier zur Fortschreibung der Berliner Engagementstrategie**

Seit November 2024 haben wir, das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin e.V., die Fortschreibung der Berliner Engagementstrategie angestoßen – aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Im Zentrum stand ein partizipativer Prozess, an dem sich zahlreiche unserer Mitgliedsorganisationen mit ihrer Expertise und ihren Erfahrungen beteiligt haben.

Unser Ziel war es, einen strukturierten und praxisnahen Vorschlag zu entwickeln, der eine ressortübergreifende Weiterentwicklung der Strategie ermöglicht – denn Engagement betrifft viele Lebensbereiche: Soziales, Bildung, Umwelt, Kultur, Stadtentwicklung und mehr.

Mehr dazu: <https://www.inbe.berlin/impulse/fortschreibung-der-berliner-engagementstrategie/>

- **Monitor Unternehmensengagement 2025: Farbe bekennen, in Notlagen helfen, Mehrwerte generieren: Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen im Wandel**

Der Monitor Unternehmensengagement 2025 untersucht das gesellschaftliche Engagement von kleinen, mittleren und großen Unternehmen in Deutschland und versucht damit, ein möglichst repräsentatives und aktuelles Bild von der privatwirtschaftlich geförderten Engagementlandschaft zu zeichnen. Neben der Analyse von Umfang, Formen und den wahrgenommenen Mehrwerten des Engagements wird das Engagement für demokratische Werte vertiefend betrachtet. Ziel ist es, ein ganzheitliches Bild der Rolle von Unternehmen im gesellschaftlichen Kontext zu zeichnen und konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Datengrundlage: <https://www.ziviz.de/publikationen/monitor-unternehmensengagement-2025>

- **Klimaanpassung in der Sozialen Arbeit: Ein Leitfaden für Einrichtungen und Dienste**

Die Klimakrise stellt soziale Einrichtungen vor neue Herausforderungen – besonders dort, wo vulnerable Gruppen betroffen sind. Gemeinsam mit KLUG (Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e. V.) und der KlimaKom eG hat der Paritätische Gesamtverband einen praxisnahen Leitfaden entwickelt, der soziale Träger bei der Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt. Der Leitfaden bietet konkrete Handlungsempfehlungen, Sofortmaßnahmen und Anleitungen zur Entwicklung eigener Anpassungskonzepte.

Link zum Leitfaden: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/klimaanpassung-in-der-sozialen-arbeit-ein-leitfaden-fuer-einrichtungen-und-dienste/>

- **Atlas der Zivilgesellschaft 2025 erschienen**

Zivilgesellschaftliche Akteure haben weltweit alarmierend wenig Handlungsraum. Nur dreieinhalb Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten mit uneingeschränkten zivilgesellschaftlichen Freiheiten, mehr als 72 Prozent hingegen in Ländern mit unterdrückter oder geschlossener Zivilgesellschaft. Der Report von "Brot für die Welt" zeigt, wie der Rechtsstaat weltweit unter Druck gerät.

Weitere Informationen: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

- **Bertelsmann-Stiftung: Studie zu Einsamkeit und Engagement junger Menschen veröffentlicht**

Wer sich als junger Mensch in Deutschland einsam fühlt, ist unzufriedener mit der Demokratie und glaubt kaum daran, dass es lohnend ist, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Das geht aus einer Befragung von 16- bis 30-Jährigen im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor. Neben dem fehlenden Engagement droht eine wachsende Anfälligkeit für politische Entfremdung und Radikalisierung. Einsamkeit ist daher nicht nur ein individuelles und soziales Problem, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie.

Mehr Informationen: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2025/mai/die-einsamkeit-junger-menschen-ist-eine-gefahr-fuer-die-demokratie#detail-content-263929-3>

- **Urlaubsgeld gibt es für nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten – in tarifgebundenen Betrieben liegt der Anteil wesentlich höher.**

Nur 44 Prozent aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft erhalten Urlaubsgeld. In Betrieben ohne Tarifvertrag sind es sogar nur 34 Prozent, in tarifgebundenen Betrieben hingegen 72 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Online-Befragung von Lohnspiegel.de, einem Internetportal des WSI. Frauen* sind negativer betroffen als Männer.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-deutlich-haufiger-mit-tarif-69579.htm>

- **Überlange Tage helfen niemandem**

Aktuelle Regierungspläne würden Arbeitstage von über zwölf Stunden erlauben. Das hätte negative Folgen für Gesundheit und Vereinbarkeit – und würde die Wirtschaft nicht ankurbeln.

Die Menschen müssten „wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten“, meint Bundeskanzler Friedrich Merz. Im Koalitionsvertrag kündigt die Bundesregierung an, die Möglichkeit einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit zu schaffen. Das würde erlauben, täglich über zwölf statt maximal zehn Stunden im Erwerbsjob zu arbeiten. Doch die von der Bundesregierung angeführten Ziele – wirtschaftliche Impulse, Interessen von Beschäftigten an Flexibilität und Erhalt des Arbeitsvolumens trotz demografischen Wandels – lassen sich so nicht erreichen, warnen die HSI-Fachleute Amélie Sutterer-Kipping und Laurens Brandt.

Denn erstens könnte eine weitgehende Lockerung der täglichen Arbeitszeit bestehende gesundheitliche Probleme in der Erwerbsbevölkerung verschärfen, was das Arbeitspotenzial schwächt statt stärkt. Zweitens würde sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter beeinträchtigen, was insbesondere die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben einschränkt, so Sutterer-Kipping und Brandt.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-uberlange-tage-helfen-niemandem-69558.htm>

- **Über Fachkräftemangel, Pendeln, Teilzeit, Einwanderung und Benachteiligung von Ausländerinnen und Ausländern auf dem Wohnungsmarkt.**

In vielen Berufen haben Unternehmen Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden. Laut der Engpass-Analyse der Bundesagentur für Arbeit betrifft dies 163 von 1200 Berufen, also rund jeden achten Beruf. Zu den Bereichen mit den größten Engpässen zählten 2024 vor allem Pflege- und Gesundheitsberufe. Ebenfalls betroffen waren Bau- und Handwerksberufe. Aber auch Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer sowie Erzieherinnen und Erzieher wurden händierend gesucht.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-69557.htm>

- Zwischen Macht und Missbrauch – Sexismus und sexuelle Belästigung in der Arbeitswelt"

Was tun gegen Sexismus am Arbeitsplatz? Wie begegnen wir Machtmissbrauch? Und was brauchen Betroffene wirklich? Diese Fragen standen im Zentrum des Panels, das am 13. Mai im Rahmen der Antidiskriminierungstage 2025 in Berlin stattfand.

Mehr Infos: <https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/zwischen-macht-und-missbrauch-sexismus-am-arbeitsplatz-2/>

- **Gehaltsreport des Non-Profit-Sektors 2025 - Zwischen Glaubenssätzen und Realität**

Mit diesem Report möchten Talents4Good einen Anstoß geben, die Vergütungs- und Entwicklungsstrukturen im Non-Profit-Sektor neu zu denken – nicht als Selbstzweck, sondern um gemeinsam noch wirkungsvoller arbeiten zu können. Und genau jetzt ist ein Umdenken wichtig: Die wirtschaftliche Rezession greift bereits auf uns über. Der politische Raum für Zivilgesellschaft und Gemeinwohlorientierung ist bedroht. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass einige Organisationen die nächsten Jahre nicht überleben werden. Wir sind überzeugt: In dieser kritischen Phase liegt auch eine große Chance, Dinge besser zu machen und resilienter zu werden. Diese Studie möchte einen Beitrag dazu leisten.

Mehr Infos: <https://talents4good.org/wp-content/uploads/2025/05/Gehaltsreport-Non->

[Profit-Sektor-2025 Personio-Foundation-Talents4Good.pdf?utm_source=CleverReach&utm_medium=email&utm_campaign=Juni+2025+Einladung+LP%26C+%236&utm_content=Mailing_15075613](#)